

**DEPARTEMENT
FINANZEN UND RESSOURCEN**

Vorsteher

20. Oktober 2023

INPUT REFERAT "KANTONE UND GRENZREGIONEN IN DER AUSSENPOLITIK"

Gehalten an der Konferenz der Grenzkantone am 20.10.2023 in Basel

Sehr geehrter Frau Präsidentin der Regio Basiliensis, liebe Kathrin Amacker

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter aus den Grenzregionen im Ausland und in der Schweiz

Liebe Gäste

"Die Kantone wirken an der Vorbereitung ausserpolitischer Entscheide mit, die ihre Zuständigkeiten oder ihre wesentlichen Interessen betreffen".

Und weiter:

"Der Bund informiert die Kantone rechtzeitig und umfassend und holt ihre Stellungnahmen ein. Den Stellungnahmen der Kantone kommt besonderes Gewicht zu, wenn sie in ihren Zuständigkeiten betroffen sind. In diesen Fällen wirken die Kantone in geeigneter Weise an internationalen Verhandlungen mit".

Diese Worte stehen so in Artikel 55 der schweizerischen Bundesverfassung und sind die Grundlage, dafür, dass die Kantone in der Aussenpolitik eine wichtige Rolle spielen. Dies obwohl die Aussenpolitik grundsätzlich – auch das steht in der Bundesverfassung – Sache des Bundes ist. Vor diesem Hintergrund, sehr geehrte Damen und Herren, freut es mich ausserordentlich, dass ich heute zum Thema "Die Rolle der Kantone und der Grenzregionen in der Aussenpolitik" zu Ihnen sprechen darf. Ich tue dies insbesondere darum sehr gerne, weil ich das mit der Erfahrung und Sichtweise aus verschiedenen politischen Rollen und Funktionen tun kann.

Einerseits bin ich seit 2017 Regierungsrat des Kantons Aargau. Eines Kantons, der mit Deutschland eine gemeinsame Grenze von 72 Kilometern teilt. Das entspricht 22% der Aargauer Kantonsgrenze. Der Kanton Aargau teilt nur mit dem Kanton Luzern eine noch etwas längere Grenze, nämlich 87 Kilometer. Der Kanton Aargau ist darum auch Mitglied bei verschiedenen, heute bereits mehrfach erwähnten Gremien wie der Oberrheinkonferenz, des Trinationalen Eurodistricts Basel und der Hochrheinkommission. Da können Sie sich vorstellen, dass uns die grenzüberschreitenden Themen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit seit langem interessieren und beschäftigen.

Andererseits war ich die letzten zwei Jahre Vorgänger von Ministre Jacques Gerber als Präsident der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. Jenem Gremium, dass unter anderem dafür geschaffen wurde, die Interessen der Nordwestschweizer Kantone in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und gegenüber der Konferenz der Kantonsregierungen koordiniert einzubringen.

Und Drittens wurde mir die Ehre zuteil, seit Januar dieses Jahres als Präsident der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) zu amten. Die KdK feiert in diesem Jahr übrigens ihr 30 jähriges Bestehen und damit feiern auch die Kantone 30 Jahre koordinierte Interessenwahrung in Bezug auf die Aussenpolitik. Denn die KdK wurde 1993 mit Blick auf die aussenpolitische Mitarbeit der Kantone gegründet. Die Kantone arbeiteten sektoriell im Rahmen der Direktorenkonferenzen zwar bereits seit längerem verstärkt zusammen, dies in der Überzeugung, dass dank einer intensiveren Zusammenarbeit die Kantone ihre Interessen gegenüber dem Bund besser wahrnehmen können. Mit der zunehmenden Internationalisierung der Politik und der europäischen Integration in den 1990er-Jahren hat sich die Notwendigkeit dieser Zusammenarbeit jedoch verstärkt. Der entscheidende Funke, der der KdK zur Geburt verhalf, war dann die Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum EWR. Nun war definitiv klar, dass die Kantone in der anstehenden Ausarbeitung und Gestaltung der Beziehungen zur Europäischen Union ihre Interessen und ihr verfassungsmässiges Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht nur wahrnehmen können, wenn sie möglichst mit einer Stimme sprechen.

Die europapolitischen Entscheide der Schweiz vor 30 Jahren waren also die wichtigsten Geburtshelfer der KdK und die Europapolitik damit bis heute mitunter eines der wichtigsten Politikfelder für unsere Konferenz.

Sie sehen also, ich hatte in meiner politischen Laufbahn die Möglichkeit die Aussenpolitik, die interkantonale und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus verschiedenen Perspektiven zu erleben und mitzugestalten.

Und mit diesem Hintergrund möchte ich Ihnen meine Gedanken zur aussenpolitischen Rolle der Kantone anhand zwei Fragestellungen mit Bezug zur aktuellen europapolitischen Debatte erläutern.

1. Warum sind geregelte und gute Beziehungen zur Europäischen Union für die Kantone wichtig?
2. Welche Rolle spielen die Kantone in der Aussenpolitik?

Ich beginne mit den Beziehungen zur Europäischen Union.

Sie haben es heute bereits mehrfach gehört. In einer immer stärker vernetzten und globalisierten Welt hat die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch für die Schweiz an Bedeutung gewonnen. Die heute Vormittag präsentierten Zahlen unter anderem zur Wirtschaft und zur Anzahl Grenzgängerinnen und Grenzgänger zeigen diese wachsende Bedeutung eindrücklich auf. Unsere Nachbarländer und die Europäische Union sind und bleiben mit Abstand die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Und entgegen dem was teilweise kolportiert wird, würde auch ein Freihandelsabkommen mit den USA und Südamerika oder ein massiver Ausbau der Handelsbeziehungen mit asiatischen Ländern in den nächsten Jahrzehnten daran nichts ändern, zu stark dominieren die Beziehungen zu Europa heute.

Neben nackten, etwas trockenen Zahlen lässt sich diese Verflechtung der Schweiz mit Europa auch anhand von Beispielen und persönlichen Erfahrungen darlegen. Fragen Sie mal sich selber und ihre Bekannten, wer alles in einem Unternehmen arbeitet, welches einen wichtigen Teil des Umsatzes mit dem europäischen Ausland macht. Das sind heute nicht mehr nur Mitarbeitende von grossen internationalen Konzernen, sondern auch von innovativen KMU's. Und gerade die KMU's profitierten übermässig stark vom ungehinderten Marktzugang in Europa. Weiter sind in Zeiten von zunehmendem Fachkräftemangel immer grössere Teile unserer Wirtschaft und Gesellschaft für ihr

Funktionieren auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen, und das längst nicht nur in den Grenzregionen, sondern inzwischen fast im gesamten Land. Denn was wäre unser Gesundheitssystem ohne ausländische Ärzte, Chirurgen und Pflegekräfte? Was wäre unsere Landwirtschaft ohne ausländische Erntehelferinnen und Erntehelfer? Was wäre die Tourismusbranche in der schönen Bergwelt ohne ausländisches Personal und was wären unsere hervorragenden Universitäten und Forschungsinstitutionen ohne Zugang zum europäischen Talentpool und den europäischen Forschungsprogrammen? Diese Liste an Fragen liesse sich noch unendlich verlängern. Aber sie zeigt auch so schon deutlich auf: Die Schweiz ist Teil von Europa. Und die Schweiz ist dank den bilateralen Verträgen und der bisher guten Zusammenarbeit mit der europäischen Union auch Teil des europäischen Binnenmarktes und konnte in den vergangenen 20 Jahren wirtschaftlich stark von diesem Zugang und der Zusammenarbeit profitieren. Sie mögen nun feststellen, dass das alles ja die ganze Schweiz betrifft. Warum also sind denn gute Beziehungen zur EU auch für die Kantone so wichtig?

Die Schweiz, meine sehr geehrten Damen und Herren, besteht aus Kantonen und die Kantone bestehen aus Städten und Gemeinden. Und es ist die Gesellschaft und die Wirtschaft in den Kantonen, die die Folgen und die Auswirkungen der aussenpolitischen Entscheide des Bundesrats am schnellsten spüren. Und gerade in den Grenzkantonen - die ja, wie wir heute gehört haben, eine Mehrheit der Kantone darstellen – sind die Auswirkungen noch etwas schneller und stärker spürbar. Aber wie meine rhetorischen Fragen vorhin gezeigt haben, sind Wirtschaft- und Bevölkerung in allen Kantonen von guten Beziehungen mit Europa abhängig, selbst in den Zentralschweizer Kantonen (die einzige Region die keine Grenzkantone beinhaltet) sind heute knapp 3'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger tätig und die Unternehmen exportierten 2022 Waren im Wert von 25 Milliarden Franken und damit rund ein Drittel des gesamten BIP. Aber vor allem betreffen die Auswirkungen von verschlechterten Beziehungen insbesondere auch Politikbereiche, die in die Kompetenzen der Kantone fallen.

Es sind also vor allem die Kantone, die Grenzregionen und ihre Wirtschaft und Bevölkerung, die die Folgen der Aussenpolitik zu tragen haben, ja die die Aussenpolitik schliesslich leben. Und sie alle wissen wie es ist im Leben: Die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn, zum Quartier in dem man lebt und zu den Institutionen in diesem Quartier sind unglaublich wichtig, denn nur wenn diese Beziehungen geklärt und mehrheitlich gut sind, kann das Zusammenleben funktionieren und kann das Quartier und die Nachbarschaft gedeihen und sich weiterentwickeln.

Und aus diesen Gründen sind für die Kantone stabile, langfristig geregelte Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zur Europäischen Union von höchster Bedeutung und darum setzen sich die Kantone dafür ein.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, der Rolle der Kantone in der Aussenpolitik.

Ich habe es eingangs erwähnt: Die Verfassung verlangt die Mitwirkung der Kantone in der Aussenpolitik, insbesondere dann wenn ihre Zuständigkeiten und Interessen betroffen sind. Leider so muss man sagen, hat diese Mitwirkung in den vergangenen Jahren nicht immer so gut funktioniert wie sich die Kantone das wünschten. So hat der Bundesrat im Jahr 2021 die Verhandlungen mit der EU über das Rahmenabkommen bekannterweise eigenständig und ohne vorherige Konsultation der Kantone abgebrochen.

Als Kantone sind wir glücklicherweise nicht nachtragend, aber dieser Entscheid hat natürlich trotzdem einiges ausgelöst. Der Zufall wollte es, dass ich kurz nach dem Abbruchentscheid des Bundesrats das Präsidium der Nordwestschweizer Regierungskonferenz übernahm. Die Nordwestschweiz und die in der NWRK vertretenen Regierungen – sie können es sich vorstellen und haben es heute ja auch schon gehört – wussten schnell, dass sie und die Kantone sich gegenüber dem Bund wieder stärker einbringen müssen, damit ihre Anliegen in weiteren Verhandlungen besser berücksichtigt werden.

Wir haben daher in der NWRK rasch entschieden, dass wir die Europapolitik zu einem Kernthema machen müssen. Als Regierungsrätinnen und Regierungsräte der Nordwestschweizer Kantone, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch in den regionalen Gremien regelmässig leben, die in den Gesprächen mit den Bildungs- und Forschungsinstitutionen, mit Wirtschaftsvertretern und mit der Bevölkerung immer wieder hören und erleben, wie wichtig die bilateralen Verträge und die Beziehungen zur EU sind, haben wir beschlossen, dass wir dieser Bedeutung auch auf nationaler Ebene Gehör verschaffen wollen. Wir haben uns also informiert, sind nach Brüssel gereist, haben zusammen mit Avenir Suisse eine Studie über die Bedeutung der bilateralen Verträge für die Nordwestschweiz erstellt und haben diese Erkenntnisse gegenüber der Öffentlichkeit und vor allem gegenüber der Konferenz der Kantonsregierungen eingebracht. (Ein besonderer Dank an meine Kollegen Jacques Gerber und Beat Jans, die bei in der Europakommission der KdK aktiv sind).

Ich wage es heute zu sagen: Die Aktivitäten der NWRK und die Inputs und Impulse aus den grenzüberschreitenden Gremien und den Grenzregionen haben wohl massgeblich dazu beigetragen, dass sich die KdK ebenfalls sehr rasch wieder intensiv um die Frage des künftigen bilateralen Verhältnisses zwischen der Schweiz und der EU kümmerte.

Dieser Impulse nahm die KdK auf und dank der guten Vorarbeit der Europakommission der KdK und der generell guten Zusammenarbeit und der guten Diskussionskultur zwischen den Kantonen gelang es im März 2023 einstimmig eine neue Europapolitische Standortbestimmung der Kantone zu verabschieden.

Die Kantone waren über die KdK vom Bundesrat bereits seit einiger Zeit auf fachlicher und politischer Ebene über die Herausforderungen und den Stand der Verhandlungen informiert und über verschiedene Gremien involviert und konnten sich in den Prozess einbringen. Trotzdem aber war es vor allem die proaktive Positionierung der Kantonsregierungen, welche ein starkes Zeichen setzte und gegenüber allen involvierten Stakeholdern - dazu gehören neben dem Bundesrat natürlich auch die Parteien, das Parlament, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften - klar machte: Die Kantonsregierungen wollen eine Lösung. Die Kantonsregierungen sind bereit ihren Beitrag für eine Lösung zu leisten und die Kantonsregierungen sind bereit den Bundesrat im Rahmen der festgelegten Rahmenbedingungen in den Verhandlungen zu unterstützen.

Dieser Ablauf, meine sehr verehrten Damen und Herren, zeigt exemplarisch welche Rolle die Kantone in der Aussenpolitik spielen können und sollten.

Wir sind ein föderalistisches Land und in einem föderalistischen Land ist der systematische Einbezug der föderalistischen Teile von höchster Bedeutung. Als Präsident der KdK sehe ich mich als oberster Hüter und Fürsprecher des Föderalismus. Denn – davon bin ich zutiefst überzeugt - der Föderalismus ist ein Erfolgsgarant. Der Föderalismus fördert den Wettbewerb zwischen den Kantonen. Der Föderalismus fördert Innovationen. Der Föderalismus garantiert, dass verschiedene

lokale, regionale und kantonale Ideen und Überzeugungen Gehör finden. Der Föderalismus stärkt die Vielfalt. Der Föderalismus fördert und festigt aber auch die Einheit. Diese Einheit in der Vielfalt ist unsere Stärke. Und die KdK setzt sich für diese Einheit in der Vielfalt ein – auch in der Aussenpolitik. Und damit komme ich zum Schluss.

Ich habe eingangs unsere Bundesverfassung zitiert. Unsere Bundesverfassung, die den Kantonen – ganz dem föderalistischen Gedanken entsprechend – eine aktive Rolle in der Aussenpolitik zugesteht. Sie verpflichtet den Bund, die Kantone einzubeziehen und anzuhören und sie gibt den Kantonen das Recht an aussenpolitischen Entscheiden mitzuwirken.

Das wichtigste aber steht nicht in der Verfassung. Nämlich, dass es an den Kantonen ist, die ihnen zugedachte Rolle zu füllen. Wer nicht handelt wird behandelt, meine Damen und Herren. Wenn die Kantone ihre Interessen erfolgreich einbringen wollen, wenn die Kantone ihre Ziele erreichen wollen, dann müssen sie proaktiv sein. Sie müssen sich auf regionaler und interkantonaler Ebene koordinieren. Sie müssen sich im Rahmen der kleinen Aussenpolitik in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einbringen. Und sie müssen ihre Erfahrungen, ihre Erkenntnisse und ihre Anliegen gegenüber anderen Stakeholdern erklären. Das gilt für die Grenzkantone ganz besonders. Ich erinnere daher gerne auch an die Föderalismuskonferenz 2021 und die dort verabschiedete Erklärung von Basel. Diese hält fest:

"Wir stärken das Verständnis für funktionale Räume und Grenzregionen, um den Föderalismus in Einklang mit den Lebensbedingungen der Bevölkerung in diesen Räumen zu bringen und nachbarschaftliche Lösungen zu ermöglichen."

Und ganz in diesem Sinne möchte ich zum Abschluss allen Anwesenden die sich in den verschiedenen grenzüberschreitenden Gremien, in Arbeitsgruppen, auf fachlicher und politischer Ebene für die Stärkung und die Förderung dieses Verständnis einsetzen, herzlich danken. Machen sie weiter so, wir brauchen sie. Denn die KdK lebt den föderalistischen Geist und braucht die guten Ideen und Inputs aus den Regionen. Erst diese Ideen und Inputs ermöglichen fruchtbare Diskussionen und erlauben uns als KdK unsere Rolle als Fürsprecher und als Interessenvertreter der Kantone gegenüber Bund und Öffentlichkeit wahrzunehmen.

Und nur so, mit durchdachten Impulsen, mit konstruktiven Vorschlägen und klaren Positionen können wir am Schluss unser Land und unseren Föderalismus gemeinsam mit Bund und Parlament stärken und nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft erarbeiten.

Ich danke Ihnen.

Departement

Finanzen und Ressourcen

Vorsteher

Dr. Markus Dieth

Regierungsrat

Tellistrasse 67, 5001 Aarau

Telefon 062 835 24 05

markus.dieth@ag.ch

- www.ag.ch/dfr